



ONLINE-PUBLIKATION

Ulrich Brand und Patrick Makal

Kleine Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ULRICH BRAND ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und Vorstandsmitglied von «Diskurs. Das Wissenschaftsnetz» (Wien). Derzeit ist er Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

PATRICK MAKAL studiert Gesellschaftstheorie und Philosophie an der Universität Jena. Er ist zurzeit Praktikant am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 2/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

ULRICH BRAND UND PATRICK MAKAL

KLEINE GESCHICHTE DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG

Vom 26. bis zum 28. Juni – nur gut einen Monat nach dem jährlichen Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos – versammeln sich im südbayerischen Schloss Elmau die Staats- und Regierungsoberhäupter der G7 samt der Regierungsvertreter*innen der geladenen Partnerländer Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika. Gut drei Stunden braucht es, um mit dem Auto auf einer Tour durch die Alpen von Davos nach Elmau zu kommen. Nach globalem Maßstab tendiert die geografische Distanz gegen null. Auch das Panorama bleibt das gleiche: hohe Berge und zumindest Weitblick in die Natur. Noch geringer fällt die Distanz in geistiger Hinsicht aus: Was unterscheidet den «Davos Spirit» («Improving the state of the world») von dem Slogan «Fortschritt für eine gerechte Welt», den die Deutschen, die seit Januar 2022 die G7-Präsidentschaft innehaben, für das kommende Treffen vorgegeben haben? Hinsichtlich der Mittel, die jene gerechte und bessere Welt verwirklichen sollen, gibt es keinerlei Differenz: Die kapitalistische Marktwirtschaft und die in ihr dominanten wirtschaftlichen und politischen Akteur*innen sollen es richten.

Die G7-Staaten umfassen rund zehn Prozent der Weltbevölkerung und verfügen über 45 Prozent des globalen Bruttonationaleinkommens. Insbesondere hier drängt sich manchmal der Eindruck auf, Francis Fukuyama habe Recht behalten. Seine vor 30 Jahren geäußerte These lautete bekanntlich, nach dem Fall der Mauer und dem Ende des real existierenden Sozialismus sei die Geschichte an ihr Ende gekommen. Liberale Demokratie und kapitalistische Marktwirtschaft hätten sich historisch als überlegen erwiesen. Jede künftige politische Bewegung könne, folgt man seiner deterministischen Auffassung von Geschichte, nur noch reformistische Forderungen stellen, etwas darüber Hinausgehendes gibt es nicht. Die von der G7 (bzw. G8, noch unter Beteiligung von Russland) propagierte und durchgesetzte neoliberale Politik ist seit jeher Zeugnis dessen, was sich in Fukuyamas These eigentlich artikuliert: nicht das «Ende der Geschichte», sondern das Ende des politisch Denkbaren. Jedwede Form geschichtlicher Zukunft wird für obsolet erklärt, was dazu führt, dass Zukunft zu denken bereits einen politischen Akt darstellt.

In den 1990er-Jahren zeigte sich, dass aus der Sicht der Subalternen im Globalen Süden und im Globalen Norden sowie aus der Sicht der emanzipatorischen politischen und sozialen Kräfte die Geschichte noch

lange nicht an ihr Ende gekommen war. Die sich formierende globalisierungskritische Bewegung wies als weltweit auftretender politischer Akteur darauf hin, dass die totgesagte Geschichte sich immer noch im *tempus praesens* befindet. Der größte Erfolg jener Bewegung besteht rückblickend darin, zum einen die vermeintliche Alternativlosigkeit von liberaler Demokratie und kapitalistischem Markt mit ihren externalisierten Widersprüchen konfrontiert zu haben. Zum anderen gelang es, die systemimmanenten Herrschaftsverhältnisse, das heißt die mit dem Kapitalismus einhergehende Ausplünderung von Menschen und Natur, gesellschaftlich in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken und für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar zu hinterfragen. Darüber hinaus machte sie deutlich, wie viele Alternativen für eine humanere und ökologisch nachhaltige Welt bereits vorhanden waren. Entsprechend werden hier unter «globalisierungskritischer Bewegung» nicht nur die öffentlichen Proteste und Konferenzen wie das Weltsozialforum verstanden, so wichtig sie auch waren und sind. Globalisierungskritik ist eine breite gesellschaftliche Bewegung, die mit sichtbaren Akteuren wie Attac verbunden wurde, zu der aber auch weitreichende Veränderungen in der Öffentlichkeit, in Verbänden und Unternehmen, im Wissenschaftsbetrieb bis hin zum Alltag gehörten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung förderte die sichtbaren Teile der Bewegung, versuchte aber auch, ihre Anliegen im politischen Raum und in der Gesellschaft zu verankern.

Die globalisierungskritische Bewegung setzte an den dominanten Tendenzen des sich globalisierenden Kapitalismus an: Deregulierung und dem damit verbundenen Abbau sozialer Rechte sowie der weiteren Kommodifizierung bzw. Rekommodifizierung sozialer Verhältnisse zum Beispiel durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Umbau der Sozialhilfe oder Inwertsetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur. Die globalisierten Herrschaftsverhältnisse galt es ebenfalls global zu bekämpfen. Ein Hauptanliegen der Bewegung bestand von Beginn an darin, institutionelle und Alltagspraxen sowie gesellschaftliche Wertvorstellungen zu verändern und umfassend zu demokratisieren. Es gab und gibt einen breiten Konsens darüber, dass Konflikte mit den Herrschenden genauso notwendig und unumgänglich sind, wie gewaltlose direkte Aktionen, beispielsweise des zivilen Ungehorsams, ein legitimes Mittel des politischen Kampfes darstellen.

DIE ANFÄNGE DER BEWEGUNG

Im Grunde ist die Kritik an der Globalisierung fast 175 Jahre alt. Denn bereits Marx und Engels haben in einer der bis heute meistgelesenen Schriften antizipierend herausgestellt, dass für die enorme Dynamik des Kapitalismus destruktive und ausbeuterische Momente wesentlich sind und dass jene keine Nationalgrenzen kennen. Das «Kommunistische Manifest» von 1848 war grundlegend für das Weltverständnis der frühen Arbeiter*innenbewegung. Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 schien die Globalisierung – wenngleich mit anderen Begriffen bezeichnet wie etwa «die Herstellung des Weltmarkts» durch die große Industrie (Marx/Engels) – unaufhaltsam. Auch wenn die Internationalisierung des Kapitals anschließend stärker gesteuert wurde, nahmen Freihandel und ausländische Investitionen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder zu.

Die Internationalismus- und Studierendenbewegungen der 1960er-Jahre kritisierten diese Internationalisierungstendenzen des Kapitals scharf. Nichtsdestotrotz formierte sich in den 1970er-Jahren das, was heute als neoliberale Globalisierung bezeichnet wird. In den 1980er-Jahren kam es dann zu Mobilisierungen gegen die herrschende Politik: so etwa 1985 in Bonn gegen den G7-Gipfel, wo es einen Alternativkongress und eine Demonstration gab. Noch stärker waren die Proteste im September 1988 in West-Berlin gegen das Treffen von IWF und Weltbank. An der zentralen Demonstration nahmen etwa 80.000 Menschen teil, die mehrjährige Kampagne erreichte eine breite Öffentlichkeit. Durch den Fall der Mauer schien die Linke zunächst orientierungslos. Und durch den stetigen Aufstieg der Schwellenländer gewann die neoliberale Globalisierung weiter an Schwung und schien – ideologisch abgesichert durch Intellektuelle wie Fukuyama – zunehmend alternativlos.

Doch das war nicht der Fall.

Im Zuge des 500-jährigen Gedenkens an den Beginn der Eroberung Amerikas im Jahr 1492 formierten sich indigene Völker in Lateinamerika, und am 1. Januar 1994 begannen die Zapatistas in Mexiko einen weltweit beachteten Aufstand. Der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz sprach von der «ersten Rebellion des 21. Jahrhunderts», und ein erstes internationales Treffen in Chiapas mit mehr als 3.000 Teilnehmer*innen aus aller Welt hatte den Titel [«für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus»](#). Zur gleichen Zeit wurde das globale Netzwerk La Vía Campesina (Der kleinbäuerliche Weg) aufgebaut. Sein Ziel ist es seither, Alternativen zur industriellen und profitgetriebenen Landwirtschaft zu stärken.

Im Jahr 1995 kam es zur «ersten Revolte gegen die Globalisierung» (Le Monde) in Europa. Ein dreiwöchiger Streik von Arbeiter*innen des Bahn- und Transportwesens fand ungeahnte zivilgesellschaftliche

Unterstützung. Grund waren Kürzungen der Pensionen als auch die Absicht, das gesamte Bahnnetz zu restrukturieren. Die geplanten Streckenkürzungen bedeuteten den Verlust vieler Arbeitsplätze. Rund zwei Millionen Menschen protestierten im gesamten Land gegen die geplanten staatlichen Maßnahmen, die als Ausdruck des Maastricht-Abkommens der EU von 1992 und der damit einhergehenden Politik kritisiert wurden.

Ein wichtiger Topos der sich in den 1990er-Jahren entwickelnden Bewegungen war die Forderung, die Länder im Globalen Süden zu entschulden, weil die neoliberale Hochzinspolitik – angetrieben von den USA, die aufgrund der Dollarhegemonie diese Wirkung entfalten konnten – sie nach und nach in den Ruin trieb. Vielen Ländern wurden sogenannte Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen (und von den dortigen Eliten oftmals begrüßt), mit der sich neoliberale Politiken wie die Schwächung des Staats und der Rechte der Beschäftigten, Kürzungen öffentlicher Ausgaben, umfassende Privatisierungen sowie eine Stärkung der Kapitaleseite durchsetzen ließen.

Mitte der 1990er-Jahre gelang es, mit der Kampagne «Jubilee 2000» der Forderung nach Entschuldung einen weiteren Schub zu verleihen. Strategisch fiel diese mit der verstärkten Organisation von Gegengipfeln zusammen, die meist dort abgehalten wurden, wo die internationalen Akteure der Globalisierungspolitik tagten. Obgleich im Vergleich zu anderen Gegengipfeln (siehe weiter unten) weniger medienwirksam, bildete die Massendemonstration zum G8-Treffen in Birmingham 1998 mit 80.000 Teilnehmer*innen einen Höhepunkt jener Kampagne. Aber auch die schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen in Mexiko Mitte der 1990er-Jahre sowie die in Brasilien, Russland und Südostasien gegen Ende des Jahrzehnts zeigten, dass die vom Establishment gefeierte Globalisierung ganz systematisch und brutal Verlierer*innen erzeugt.

Zunehmend fand die sich formierende globalisierungskritische Bewegung einen Antagonisten, der insbesondere von den internationalen politischen Abkommen und Institutionen verkörpert wurde. Zentral dafür war der Washington-Konsens, benannt nach der US-amerikanischen Regierung und dem ebenfalls in Washington D. C. ansässigen Internationalen Weltwährungsfonds und der Weltbank, der das deutlichste politische Instrument der neoliberalen Globalisierung war. Die neoliberalen Prinzipien sollten durch die der Welthandelsorganisation (WTO) zu verbindlichen globalen Richtlinien werden. Nach Gründung der WTO war zunächst zwischen den OECD-Ländern und dann mit den Regierungen der Länder des Globalen Südens ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) verhandelt worden, das weit über die ohnehin konzernfreundlichen WTO-Bestimmungen hinaus den transnationalen Investoren

enorme Rechte zugesichert hätte. Zivilgesellschaftliche Gruppen erfuhren von den Geheimverhandlungen und starteten eine Kampagne gegen das Abkommen, letztlich erfolgreich.

BATTLE OF SEATTLE

Spätestens die dritte WTO-Konferenz, die Ende 1999 in der US-amerikanischen Metropole Seattle stattfand, machte die globalisierungskritische Bewegung weltweit bekannt. Besondere mediale Aufmerksamkeit lag auf den gewaltsamen Zusammentreffen von Demonstrant*innen mit der repressiv vorgehenden Polizei, die den Protesten am Ende ihren Namen gaben: «Battle of Seattle». Darüber hinaus beeindruckten jedoch die zahlreichen gelungenen Massenaktionen und Blockaden, die die Verhandlungen massiv behinderten. Die WTO-Konferenz in Seattle scheiterte allerdings nicht zuletzt an inhaltlichen Fragen: Die Europäische Union wollte der US-amerikanischen Forderung nach Liberalisierung der europäischen Agrarmärkte nicht nachgeben. Dieser Ausgang wurde seitens der Bewegung als Erfolg begriffen und führte in der Folge zu Protesten gegen Treffen von IWF und Weltbank: im Frühjahr 2000 in Washington D.C. und im Herbst desselben Jahres in Prag.

Dabei konnten bereits damals zwei wichtige Erfolgsbedingungen der globalisierungskritischen Bewegung beobachtet werden: Zum einen müssen die Massenmobilisierungen auf der Straße von wohlwollender Berichterstattung begleitet werden, um auch zu institutionellen Veränderungen führen zu können. Als beispielsweise 1997 ein Vertragsentwurf des bereits genannten MAI an die Öffentlichkeit gelangte, führte dies in vielen Ländern zu einer zivilgesellschaftlichen Demonstrationswelle, die in Frankreich so erfolgreich war, dass sich das Parlament gegen dieses Abkommen aussprach und die Regierung die Verhandlungen beendete. Und zum Zweiten bedarf es breiter Allianzen. In Seattle etwa kamen Gewerkschaften und Ökologiebewegung – «Teamsters and Turtles» – zusammen: Die eher konservativen Lkw-Fahrer gingen zusammen mit radikalen Umweltaktivist*innen auf die Straße, um gemeinsam die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung zu kritisieren. Die Jahre ab 2000 waren von vielfältigen globalisierungskritischen Aktivitäten gekennzeichnet. Sie lassen sich gerade nicht auf die Gipfeltreffen und Massendemonstrationen reduzieren, auch wenn diese nach innen für die Bewegungen, aber auch nach außen wichtig blieben. Viele bestehende Verbände, kleinere Medien oder Teile der Gewerkschaften bezogen sich in ihrem konkreten Handeln und in ihren Programmen kritisch auf die neoliberale Globalisierung, beklagten die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und dass die vorherrschende Politik sich vor allem an

den Interessen der Vermögenden orientiert. Sie bildeten in vielen Fällen auch eine Art organisatorische Infrastruktur. Und deutlich wurde bereits damals, dass insbesondere internationale Protestbewegungen auf die organisatorische und finanzielle Unterstützung politischer Institutionen angewiesen sind. Diese Rolle übernahmen häufig [Nichtregierungsorganisationen](#) (NGO).

«EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH!»

Darüber hinaus entstand auch Neues: 1998 wurde Attac in Frankreich gegründet. Als auch in weiteren Ländern Attac-Gruppen entstanden – in Deutschland etwa im Jahr 2000 –, ermöglichte dies die politische Einflussnahme der NGO über Nationalgrenzen hinweg. Anfangs lag der Fokus von Attac auf der politischen Regulierung der Finanzmärkte, der sich aber rasch auch auf andere Themen erstreckte. Attac war eine Art Kampagnen- und Volksbildungsbewegung mit anfangs starker lokaler und regionaler Verankerung. Im Globalen Süden brachte das 1997 gegründete Netzwerk People's Global Action Aktivist*innen und radikale Organisationen zusammen, mit dem Ziel, gemeinsam gegen die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung zu kämpfen.

Die Proteste im Sommer 2001 gegen den EU-Gipfel in Göteborg – auch dort bereits mit repressiver Polizeigewalt gegen die Demonstrant*innen – und wenige Wochen später gegen den G8-Gipfel in Genua, wo etwa 200.000 Menschen auf die Straße gingen, sorgten weltweit für Aufsehen. In Genua übte die Polizei extreme Formen von Gewalt aus, der Demonstrant Carlo Giuliani wurde erschossen. Die Massenmobilisierungen in der italienischen Hafenstadt zeigten ein weiteres Merkmal der Proteste: Innenpolitische Konstellationen spielten dabei durchaus eine Rolle. In Italien waren es die ersten Proteste gegen den stramm rechten und zugleich neoliberalen Silvio Berlusconi, der kurz vorher zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt worden war.

Einen Einschnitt für die globalisierungskritische Bewegung bildeten die Ereignisse vom 11. September 2001 in New York. Auf der einen Seite beherrschte ein neues Thema die mediale Aufmerksamkeit, der «Kampf gegen den Terrorismus», auf der anderen Seite führte dieser strukturell zu staatlichen Repressionen gegen Demonstrationen unterschiedlichster Art, sodass in den USA gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei bei Antiglobalisierungsprotesten Gefahr liefen, medial als Formen des Terrors dargestellt zu werden. Das änderte jedoch nichts an dem großen Zulauf, im Gegenteil: In den folgenden Jahren warteten die sogenannten Weltsozialforen, die ursprünglich als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos ins Leben gerufen worden

waren, mit immer höheren Teilnehmerzahlen auf. Hatten am ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre im Jahr 2001 etwa 20.000 Menschen teilgenommen, waren es drei Jahre später schon mehr als 100.000.

Das Motto der Weltsozialforen lautete: «Eine andere Welt ist möglich, wenn wir es nur wollen.» Es gewann unter anderem deswegen an Überzeugungskraft, weil die globalisierungskritische Bewegung nicht in bloßer Kritik verharrte, sondern schon immer auf bestehende oder mögliche Alternativen verwies.¹ Damit erreichte sie durchaus eine breitere Öffentlichkeit. Auf den Weltsozialforen wurde zudem die Diversität der Akteur*innen und Themen der globalisierungskritischen Bewegung besonders deutlich. Judith Dellheim von der Rosa-Luxemburg-Stiftung bezeichnete sie als «globalen Kommunikations- und Kooperationsort».² Es wurde mit hoher Kompetenz über sehr spezifische Fragen der Finanzmärkte, Handelspolitik, Wasserprivatisierung, Widerstände gegen Bergbau, gewerkschaftliche Rechte, die Rechte indigener Völker diskutiert und Strategien gegen die Wirkungen neoliberaler Globalisierung entwickelt. Auch wenn offiziell keine Politiker*innen am Weltsozialforum teilnehmen durften, traten linke Ikonen wie Hugo Chávez, Evo Morales oder Lula da Silva bei separat organisierten Veranstaltungen auf.

Der Politikwissenschaftler Aram Ziai bilanziert in einer Analyse der globalisierungskritischen Bewegung,³ dass es dieser immerhin gelungen sei, Themen wie einen Schuldenerlass, die für viele Länder negativen Auswirkungen des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) oder Finanztransaktionssteuern auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene auf die politische Agenda zu heben – wenn auch mächtige Wirtschaftsinteressen die Umsetzung der meisten Forderungen zu verhindern wussten. Auf die ergebnislosen WTO-Verhandlungen, deren jahrelange Blockade auch mit der Kritik der globalisierungskritischen Bewegung zusammenhing, folgte der Abschluss etlicher bilateraler und oft sehr ungleicher Handelsabkommen.

Parallel zu internationalen Vernetzungen und Treffen fand der Kampf gegen die vielen Probleme und Krisen der kapitalistischen Globalisierung in den 2000er-Jahren häufig lokal oder in Form von Kampagnen auf nationalstaatlicher Ebene statt. Dies war nicht zufällig, sondern Ergebnis von notwendig gewordenen strategischen Entscheidungen. So schlossen sich in Deutschland beispielsweise 2004 globalisierungskri-

tische Gruppen in einem Aktionsbündnis zusammen, um gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn vorzugehen. Zudem musste ab 2001 der Fokus über das Thema der wirtschaftlichen Globalisierung hinaus erweitert werden: Krieg, Sicherheit, der bereits erwähnte «Kampf gegen den Terrorismus» und die damit einhergehende politische Rechtswende waren einige der neuen politischen Herausforderungen. Bei den Mobilisierungen gegen die von den USA angeführten Kriege in Afghanistan und im Irak kam der globalisierungskritischen Bewegung eine zentrale Bedeutung zu. [Nicht zuletzt ihretwegen wurde die weltweiten Proteste am 15. Februar 2003 gegen den Krieg im Irak zur bis dato wohl größten Antikriegsdemonstration der Geschichte.](#)

In Deutschland reagierten die globalisierungskritischen Gruppierungen zudem auf die sich immer deutlicher abzeichnende ökologische Krise und machten sie zum Gegenstand zahlreicher Großveranstaltungen. So fanden zwischen 2003 und 2012 insgesamt sechs sogenannte McPlanet-Kongresse statt (fünf davon in Berlin, einer in Hamburg), an denen jeweils zwischen 1.500 und 2.000 Menschen teilnahmen. Bedeutend war auch der «Kapitalismus-Kongress» im März 2009 in Berlin, den Attac organisierte und der über 2.000 Teilnehmer*innen zählte. Ein weiterer Höhepunkt der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland waren die Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm bzw. Rostock. Gerade hier wurde deutlich, dass es nicht nur um die Proteste und den großen Gegenkongress ging, sondern um die Fähigkeit, Monate vor dem Event die eigene Kritik an der vorherrschenden Wirtschafts- und Klimapolitik in die breite Öffentlichkeit zu bringen.

Die massiven Proteste unterschiedlichster Art gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm markierten zugleich eine Art Endpunkt der ersten Phase der globalisierungskritischen Bewegung. Zum einen kam es 2008 bekanntlich zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, wodurch sich die Agenda verschob und die Kritik an neoliberale Politiken in Form riskanter Banken- und Immobiliengeschäfte dominant wurde. Es folgte einer Art Renationalisierung der Krisenpolitik, die es internationalistischen Anliegen zunehmend schwerer machte. Dies führte zum anderen dazu, dass auch die inzwischen gut entwickelte ökologische Agenda der Bewegung in der Öffentlichkeit zunehmend weniger Raum einnahm. Und doch knüpften die Bewegungen der letzten Dekade wie Occupy Wall Street mit ihrer Kritik an der Macht der

1 Siehe Thimmel, Stefan/Lösch, Bettina/Brand, Ulrich (Hrsg.): ABC der Alternativen, Hamburg 2007, unter: www.rosalux.de/publikation/id/995/abc-der-alternativen.

2 Dellheim, Judith: Viel mehr als «mal wieder ein WSF», 12.4.2015, unter: <https://wsf.blog.rosalux.de/2015/04/12/viel-mehr-als-mal-wieder-ein-wsfl/>.

3 Ziai, Aram: Auswirkungen der globalisierungskritischen Protestbewegung. Institutionelle Reform, ein neues Politikverständnis und postkoloniale Nachfragen, in: PERIPHERIE 1/2021, S. 12–42.

Vermögenden, der Austeritätspolitik und der damit verbundenen immer stärkeren innergesellschaftlichen und internationalen Spaltung sowie mit ihrem Slogan «Wir sind die 99 Prozent!» an die globalisierungskritische Bewegung an. In Deutschland formierte sich um 2012 das Bündnis Blockupy, das mit verschiedenen Aktionstagen die europäische neoliberale Politik kritisierte. Dem Aufruf zu Blockaden und einer Demonstration anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main folgten im März 2015 über 17.000 Menschen.

KEIN SCHEITERN DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG

Der bereits zitierte Aram Ziai hebt in seinen Analysen der Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung drei Charakteristika hervor: Zum einen ermöglichten die internetbasierten Kommunikationsformen einen raschen und kostengünstigen globalen Austausch. Zweitens nahm die Bewegung eine historisch neue Qualität des sich globalisierenden Kapitalismus sowie neben den Nationalstaaten und deren Netzwerken (G8 bzw. heute wieder G7) auch internationale wirtschaftspolitische Institutionen wie die WTO, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, aber auch die Europäische Union in den Blick. Die genannten Akteure bilden eine Art globaler neoliberaler Verfassung, in ihr materialisieren sich die Interessen des Kapitals, die gegen die Politik und mögliche Interventionen von progressiven nationalstaatlichen Regierungen abgesichert werden. Und drittens habe sich die globalisierungskritische Bewegung gegen den Avantgardismus und den Fokus auf Klassenfragen traditioneller linker Politik gerichtet. Neben Klasseninteressen seien ihr Diversität, gelebte Pluralität sowie feministische und antirassistische Anliegen sehr wichtig, sie zeichne sich durch eine starke Konsensorientierung und die Übernahme basisdemokratischer Prinzipien aus. Nicht zuletzt deshalb fremdelten viele Aktivist*innen mit linken Parteistrukturen.

Doch trotz der vielen erfolgreichen Mobilisierungen und den Erfolgen bei der Vernetzung und Themensetzung gehören einige Fragen gestellt: Warum gelang bis heute kein relevanter Eingriff in die gesellschaftlichen Machtverhältnisse? Warum wurde die globalisierungskritische Agenda in Deutschland kaum von Parteien (mit Ausnahme der LINKEN), Gewerkschaften oder Verbänden übernommen? Die mittelfristige Erfolglosigkeit und Unfähigkeit, auf der politisch-institutionellen Ebene etwas zu verschieben, hat die Relevanz der Bewegung für die Medien geschmälert und ihre Attraktivität für Menschen, die nach Möglichkeiten für ihr eigenes Engagement suchen, geschwächt.

Außerdem blieb das Verhältnis zu staatlichen Akteuren allzu oft unklar bzw. war Gegenstand berechtigter Kritik, denn staatliche Instanzen waren und sind zentral bei der Durchsetzung neoliberaler und autoritärer Politik. Doch pauschale Ablehnung, ohne mögliche Ansatzpunkte gegenüber dem Staat auszuloten, erwies sich eher als eine strategische Schwäche. Gerade in Krisenzeiten greift das Kapital gern auf den Staat und seine finanziellen Ressourcen zurück, und das könnte stärker politisiert werden, indem zum Beispiel gefordert wird, die Befolgung von sozial- und umweltpolitischen Auflagen zur Voraussetzung von Unternehmensrettungen zu machen.

Dass es weiterhin mobilisierungsfähige Teile der globalisierungskritischen Bewegung gibt, zeigten die Proteste gegen den G20-Gipfel im Jahr 2017 in Hamburg und die gute Vorbereitung des Gegenkongresses. Über 50.000 Menschen nahmen an der zentralen Demonstration teil. Allerdings spielten sich Teile der Bewegung und die herrschende Politik bzw. Polizei an einem Punkt die Bälle gegenseitig zu. Im Vorfeld war vor allem über mögliche Gewaltexzesse von beiden Seiten diskutiert worden. [Diese Kräfte wollten und erwarteten brennende Papierkörbe und Molotowcocktails, dabei gingen die Inhalte der weiterhin hochgradig aktuellen globalisierungskritischen Agenda leider unter.](#)

Insgesamt kann aber festgehalten werden: Die Globalisierungskritik im Sinne einer Kritik an der neoliberalen und zunehmend autoritär-militaristischen Globalisierung ist im Laufe der Jahre bzw. Jahrzehnte in größeren Teilen der Gesellschaft angekommen und von anderen Akteur*innen aufgegriffen worden – nicht nur von rechts, sondern auch im progressiven Spektrum. Auch wenn institutionell und im Hinblick auf die Machtverhältnisse neoliberale Politiken zumindest bis zur Corona-Krise weiterhin dominierten, gibt es doch auch seit einigen Jahren vermehrt andere und hörbare Stimmen in den Gewerkschaften, in Teilen der Sozialdemokratie und den Grünen sowie in Umwelt- und Sozialverbänden. Auch wenn das Momentum der globalisierungskritischen Bewegung verbleibt ist, gibt es das Potenzial, es in veränderter Form wiederzuerlangen. Eine Voraussetzung dafür wäre aktuell, sie mit der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammenzubringen. Darauf gehen wir am Ende des Textes ein.

GLOBALISIERUNGSKRITIK VON RECHTS

Lange Zeit wurde die Kritik an der neoliberalen Globalisierung vor allem aus dem politisch linken Spektrum formuliert: gegen die Macht der politischen und wirtschaftlichen Hauptgewinner*innen der Globalisierung, die Vermögenden. Doch in der Wirtschaftskrise ab 2008 nahmen sich auch rechte und

rechtsextreme Kräfte dieses Themas an, die damit vorgaben, an die Interessen der Verlierer*innen der Globalisierung anzuknüpfen. Der Soziologie Walden Bello stellt im Hinblick auf Europa fest:⁴ Die extreme Rechte habe sich von der neoliberalen Agenda des Freihandels losgelöst, die sie vormals im Interesse ihrer kleinbürgerlichen Basis und im Bündnis mit der rechten Mitte noch unterstützt habe. Sie habe sich sowohl die antineoliberale und globalisierungsskeptische Haltung als auch den Wohlfahrtsstaat opportunistisch zu eigen gemacht, was, so Bello, die Eintrittskarte zum «Vorzimmer der politischen Macht» darstellte. Bei ihrem Versuch, der Linken ihre ursprüngliche Basis, die Arbeiter*innen, abspenstig zu machen, habe die extreme Rechte der Globalisierungskritik zwei Zutaten, nämlich Rassismus und einen reaktionären Nationalismus, hinzugefügt.

«America First!» war bekanntlich der Leitspruch von Donald Trump, mit dem er in den USA massiv Stimmen aus der weißen Arbeiterschaft gewann (zum Großteil von Männern) – und dennoch realpolitisch die Interessen der Vermögenden bediente. Mit ihrem Modell einer «ausgrenzenden nationalistischen politischen Wohlfahrtsökonomie» wollen die Rechten, so Bello, weder eine innergesellschaftliche Umverteilung erreichen noch der globalen Spaltung entgegenwirken.⁵ Im Gegenteil: Vielmehr geht es darum, die Nord-Süd-Spaltung als auch die Diskriminierung und das Abwehrsystem gegenüber Migrant*innen zu verstetigen und bestehende Ängste und Ressentiments politisch zu instrumentalisieren. Der Brexit wurde von ähnlichen politischen Kräften vorangetrieben und mit ähnlichen populistischen Narrativen orchestriert.

NEUE AUFBRÜCHE IN EINE SOLIDARISCHE GLOBALISIERUNG

Die globalisierungskritische Bewegung, wie sie sich in den zurückliegenden fast drei Jahrzehnten herausgebildet hat, ist keine Anti-Globalisierungs-Bewegung, sondern eine Alter-Globalisierungs-Bewegung. Die beteiligten Gruppierungen und Organisationen stehen also für eine andere, eine solidarische Globalisierung. Die neoliberalen Politiken der Herrschenden wurden zwar nicht von autoritären und rassistischen ersetzt, werden aber zunehmend von solchen ergänzt. Die aktuellen Weltordnungspolitikern deuteten bereits vor der Corona-Krise und dem aktuellen Krieg in der Ukraine auf eine zunehmend

selektive Globalisierung im Sinne herrschender Interessen hin. Peter Wahl, Gründungsmitglied von Attac in Deutschland, spricht in dem 2021 erschienenen Buch «Das Chaos verstehen»⁶ von einer starken Tendenz hin zu klassischen geopolitischen Hegemonialkämpfen, die der neoliberalen Globalisierung durchaus entgegenstehen. Diese Veränderungen müssen genauer verstanden werden, denn sie sind eine zentrale Bedingung für das Wirken aktueller Protest- und Alternativbewegungen.

Auch feministische Bewegungen wie Ni Una Menos oder antirassistische Bewegungen wie Black Lives Matter, die in den letzten Jahren wirkmächtig agierten, stehen in der emanzipatorischen und transnationalen Tradition der globalisierungskritischen Bewegung. Der Politologe Achim Brunnengräber sieht im Bereich des Internationalismus derzeit eine Entwicklung weg «von der NGO-isierung zurück zur Protestmobilisierung».⁷ Diese lässt sich auch an weiteren Bewegungen beobachten, die stärker als zuvor zu einer Politisierung von aktuellen Konflikten und Missständen beitragen. Die Bewegungen für Klimagerechtigkeit mit ihrem bekanntesten Gesicht Fridays for Future sind derzeit die am stärksten wahrgenommene kritische Stimme. Ihre Protagonist*innen wollen mit einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus auf die ökologische Krise reagieren.

Der naheliegende Befund, die globalisierungskritische Bewegung sei in Fridays for Future oder auch Extinction Rebellion «aufgegangen» bzw. fände hier ihre Fortsetzung, wäre inhaltlich betrachtet verkürzt. Obgleich Schnittmengen identifiziert werden können, insbesondere im Hinblick auf die enorme Zunahme ökologischer Probleme in den letzten Jahrzehnten, zielen die Forderungen nach Klimagerechtigkeit meistens auf direkte Handlungen von Staaten und Regierungen. Sie betonen deren ethische Verantwortlichkeit und setzen auf rechtsstaatliche Zusicherungen. Eine strukturelle Analyse der Beziehung zwischen staatlicher Politik und kapitalistischer Ökonomie kommt dabei häufig zu kurz bzw. ist oft nicht explizit als Teil der von diesen Bewegungen artikulierten Kritik auszumachen. Als der globalisierungskritischen Bewegung zugehörig oder gar als deren Erben können sie jedoch nur dann betrachtet werden, wenn sie nicht lediglich an die Politik appellieren und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels fordern, sondern auch die strukturellen kapitalistischen Ursachen der ökologischen Zerstörung adressieren und eine Alternative zum Kapitalismus anstreben (was derzeit für das Gros der Bewegung wohl nicht zutrifft).

4 Bello, Walden: Deglobalisierung – Zwanzig Jahre später (Zur Disussion), in: PERIPHERIE 1/2021, S. 94–113.

5 Ebd., S. 98.

6 Wahl, Peter: Krieg und Frieden in der multipolaren Welt-Un-ordnung, in: Demirović, Alex u. a. (Hrsg.): Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Zeitdiagnosen aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac, Hamburg 2021, S. 83–100.

7 Brunnengräber, Achim: Bewegungszyklen in der Weltpolitik. Von der NGOisierung zur Protestmobilisierung – und wieder zurück, in: ZfAS – Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 2/2015, S. 633–650.

Der Fokus auf die Dringlichkeit staatlich-politischen Handelns wird derart unmittelbar gesetzt, dass eine grundsätzliche Systemkritik schwierig wird. Statt sich mit solch einer Diagnose zufriedenzugeben, die jene Bewegungen mit dem Ende der Geschichte identifiziert, wäre es sinnvoller, Strategien zu entwickeln, die die zeitgenössischen Klimabewegungen mit der Kapitalismuskritik der globalisierungskritischen Bewegung zusammenbringen. Damit böte sich aus unserer Sicht die Chance, die durch Demobilisierung, Dispergierung und Institutionalisierung an vielen Orten verloren gegangene Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung zurückzugewinnen und an deren vielfältige Analysen, Erkenntnisse und Errungenschaften anzuknüpfen.

ERFAHRUNG, MOMENTUM UND LINKE POLITIK

Die Erfahrungen, die die globalisierungskritische Bewegung in den rund 30 Jahren ihres Bestehens und Wirkens gesammelt hat, könnten, sofern ein Zusammenwirken – wie oben angedeutet – gelänge, für eine gemeinsame und erfolgreiche Bewegungspolitik von entscheidender Bedeutung sein. Dabei gilt es, historische Erfahrung von einem gegenwärtigen Momentum zu differenzieren, jedoch als einander bereichernd zusammenzudenken.

Die Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung zeigt, dass, um wirkmächtig zu werden, zwei Bedingungen erfüllt sein müssen: Massenmobilisierungen und eine positive (Medien-)Berichterstattung. Beides ist von essenzieller Bedeutung und kann derzeit für die Bewegung für Klimagerechtigkeit, insbesondere Fridays for Future, geltend gemacht werden. Darüber hinaus sind Allianzen zwischen linken oder potenziell progressiven Organisationen und einer Massenbasis strategisch entscheidend. Die öffentliche Präsenz von Fridays for Future müsste durch einen klassenübergreifenden Interessenverbund mit Gewerkschaften fundiert werden. Das geschieht bereits, wie vor Kurzem etwa die Zusammenarbeit von Teilen der Fridays for Future mit ver.di in den Tarifkämpfen im öffentlichen Nahverkehr zeigte.⁸

Wovon die Bewegungen für Klimagerechtigkeit profitieren könnten, sind die in den zurückliegenden 30 Jahren von globalisierungskritischen Bewegungen entwickelten Visionen von einer anderen und gerech-

teren zukünftigen Welt – die Alternativen. Gerade weil die brutale Ausbeutung von Natur und Mensch zualterererst auf die Zwänge des kapitalistischen Systems zurückzuführen ist, bedarf es Ideen und Vorschläge, wie diese zu überwinden und durch welche anderen Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens sie zu ersetzen ist. Damit könnten die dystopischen Momente der aktuellen Umwelt- und Klimabewegungen möglicherweise durch «positive Visionen» abgemildert bzw. ergänzt werden.

Parallelen zwischen der globalisierungskritischen und der Klimagerechtigkeitsbewegung bestehen insofern, als dass es beiden gelungen ist, ihre Anliegen und Forderungen auf die politische Agenda zu setzen, sie jedoch aufgrund der erfolgreichen Lobbyarbeit ihrer Gegner und systemischer Sachzwänge kaum konsequent zur Durchsetzung kommen. Eine Aufgabe der globalisierungskritischen Bewegung könnte darin bestehen, den Klimaaktivist*innen Mut zu machen und der sich einstellenden Frustration damit entgegenzuwirken, indem eine strukturelle Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie bereitgestellt wird. Die Vermittlung einer solchen stellt eine eigene Herausforderung dar.

Ferner stehen die Klimagerechtigkeitsbewegungen, insbesondere Fridays for Future, vor der Frage, wie sie die derzeitigen Interventionen und Konfrontationen mit Regierungen und (national-)staatlichen Institutionen auf internationale wirtschaftspolitische Akteure ausweiten können. Ansätze dazu gibt es bereits, etwa die Proteste 2021 gegen die Internationale Automobilausstellung IAA in München.

Die Aufgaben, von denen wir bereits einige genannt haben, sind vielfältiger Natur. Bleiben wir dafür in Deutschland. Neben einer unabdingbaren Erneuerung der politischen Strukturen, insbesondere der Linkspartei, benötigt eine linke Politik darüber hinaus Begriffe und Konzepte, die als politische Signifikanten ins Feld geführt werden können. Beispielsweise könnten Konzepte wie «[sozial-ökologischer Systemwechsel](#)»⁹ oder «[sozial-ökologische Transformation](#)»¹⁰ als gemeinsame Bezugspunkte von linken sozialen und ökologischen Bewegungen dienen, auf einer konkreteren Ebene etwa ein Begriff wie der der «[solidarischen Infrastrukturen](#)».¹¹ Die gegenwärtige Regierungspolitik hantiert mit dem Transformationsbegriff unkonkret, gerade weil er ihre Politik inhaltlich stets transzendiert und ihre strukturellen Begrenzungen bloßlegt.

8 Siehe dazu Autor*innenkollektiv Climate.Labour.Turn: «Mein Pronomen ist BusfahrerIn.» Die gemeinsame Kampagne von FFF und Ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020, unter: www.rosalux.de/publikation/id/44712/mein-pronomen-ist-busfahrerIn.

9 Siehe z. B. Riexinger, Bernd: Müssen wir regieren? Wie ein Systemwechsel gelingen kann, der soziale Sicherheit, gute Löhne und radikalen Klimaschutz vereint, 12.10.2020, unter: www.nd-aktuell.de/artikel/1143022.sozial-oekologischer-systemwechsel-muessen-wir-regieren.html.

10 Siehe Klein, Dieter: Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozial-ökologische Transformation funktionieren könnte, Hamburg 2022.

11 Siehe Dellheim, Judith: Solidarische Infrastrukturen. Solidarisches Handeln politikwirksam(er) machen!, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation 2019, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40436/solidarische-infrastrukturen.

JENSEITS DER BERGE UND ÜBER DAS BESTEHENDE HINAUS

Die Weltwirtschaftsforen in Davos und die Treffen der Spitzen der großen Industrienationen werden in Anbetracht der sich gegenwärtig verschärfenden Krisen immer mehr als das sichtbar, was sie stets waren: Symbol der Arroganz der Herrschenden. Im Elfenbeinturm attestieren sich die politischen Eliten, angeführt von denen des Globalen Nordens, Jahr für Jahr die eigenen guten Absichten und Handlungskompetenzen. Den Horizont von Bergen versperrt, ist man blind für eine Zukunft jenseits des Bestehenden, man kann nur reformistisch, system-, also herrschaftskonform denken. Diese Unfähigkeit und das sich Klammern an ungerechtfertigte Privilegien muss von den aktuellen Bewegungen vehementer und persistenter kritisiert werden. Es geht um den Abschied vom postulierten Ende der Geschichte, es geht um eine andere mögliche Welt.

Wenn es eine wünschenswerte Zukunft für die globalisierungskritische Bewegung gibt, dann besteht die aus unserer Sicht in einer konstruktiven Verknüpfung der aktuellen Bewegungen für Klimagerechtigkeit mit

der systemkritischen Ausrichtung älterer Bewegungen. Das Momentum der Mobilisierung liegt derzeit aufseiten Letzterer, die notwendige Radikalität bei Teilen der Ersteren. Die geforderte Bewältigung der Klimakrise wird nur dann möglich sein, wenn sie mit der Überwindung dessen einhergeht, was jene reale Bedrohung der menschlichen Zivilisation erst hervorgebracht hat. Die Forderung nach unmittelbarer Bewältigung der Klimakrise verbleibt reformistisch und treibt die aufkommende Entwicklung hin zu einem grükapitalistischen System voran. Den Kapitalismus selektiv zu reformieren, insbesondere auf Kosten des Globalen Südens, führt nicht zur Aufhebung der ihm inhärenten Widersprüche. In Zeiten sich zuspitzender Krisen gilt es, aufzustehen und aufzubegehren gegen das vom Kapitalismus herbeigeführte wirkliche Ende in Form ökologischer Selbstzerstörung im Namen von Wirtschaftswachstum und Profit. Die plurale emanzipatorische Kritik der kapitalistischen Globalisierung wird sich immer auf der Höhe der Zeit erneuern müssen. Ihr Ziel bleibt jedoch dasselbe: über das Bestehende hinaus zu denken und das darüber Hinausliegende durch politische Kämpfe zu erreichen.

LESETIPP:



Habermann, Friederike
Geschichte wird gemacht!
Etappen des globalen Widerstands
Bibliothek des Widerstands, Bd. 27
Laika Verlag, Berlin 2014
264 Seiten, ISBN 978-3-942281-52-2
29,90 Euro